Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 1 (1981)
Heft: 2

Artikel: Diskussion : Anmerkungen zu den Entwicklungen in der PVAP
Autor: Odermatt, Karl
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652285

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

hung neuer Gewerkschaften in Polen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 2, 1981, S. 93ff. T. Szafar: Die Dekade Gierek. In: Osteuropa, Nr. 4, 1981, S. 277ff. Als polnische Quelle in deutscher Sprache: Der Soziologe M. Markiewicz: Was wollen die Arbeiter? In: Polens Gegenwart. Nr. 18/19, 1980, S. 30 - 40 (hrsg. v. der Agentur Interpress in Warzsawa).
10) Sinngemäss z.B. W. Abendroth in einer Diskussion über die Entwicklung in Polen. In: Blätter f. deutsche u. intern. Politik, 1980, S. 1185. Auch: Baumöller, Jung, Taudien: „Aus Polen wieder Polen machen". In: Deutsche Volkszeitung, Nr. 50 v. 11.12.1980, S.9.
11) Vgl. dazu die aktuelle Diskussion in: Solidarnosc i demokracja. In: Tygodnik Solidarnosc, Nr. 7 v. 15.5.1981, S.8.

*

Karl Odermatt

Anmerkungen zu den Entwicklungen in der PVAP

Ein Abschluss des mit den Massenstreiks im Sommer 1980 in Polen begonnenen Prozesses der Erneuerung, des Suchens eines neuen Gleichgewichts zwischen den politischen und sozialen Kräften der Gesellschaft und nach breiteren Formen der Demokratie ist noch nicht abzusehen. In harten, im Gegensatz zu 1970 aber unblutigen Auseinandersetzungen wurden eine Reihe sozialer Massnahmen verwirklicht. Es sind von Staat und kommunistischer Partei unabhängige Gewerkschaften der Arbeiter und der selbständigen Bauern entstanden, es wurden das Streikrecht und die Arbeiterselbstverwaltung kodifiziert.
Allerdings ist der Spielraum Polens zur Lösung seiner Probleme durch die historischen und politischen Bedingungen seiner heutigen staatlichen Existenz abgesteckt. Mehr als einmal schienen denn auch die Spannungen für die Verbündeten des Warschauer Paktes die Grenze der Bündnisfähigkeit Polens erreicht zu haben. Zu diesem Problem hat die Partei der Arbeit der Schweiz eindeutig Stellung bezogen. In einem in ihren drei Presseorganen am 11. Juni 1981 veröffentlichten Artikel heisst es, *„dass die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP), die polnische Arbeiterklasse und das polnische Volk unter Respektierung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen und innerhalb ihrer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Probleme selbst lösen können"* und dass die PdAS *„stets Einmischungen in innere polnische Fragen in jeder Form"* ablehnt.

Die wirtschaftlichen Gründe der Krise sind bekannt, und wirtschaftliche Fragen – ökonomisch gerechtfertigte Preiserhöhungen – waren der aktuelle

Anlass zu den Massenstreiks des Sommers 1980. Die eigentliche Ursache der Krise ist jedoch, so schreibt Vizeministerpräsident Rakowski, *„in den seit mehreren Jahren angewachsenen Gegensätzen zwischen dem steigenden Niveau der Produktivkräfte und dem zurückgebliebenen System der sozialen und wirtschaftlichen Lenkung zu suchen"*. In den Thesen zum 9. Parteitag der PVAP (14. - 20. Juli 1981) stellt die PVAP fest, dass nur der Protest der Arbeiterklasse erlaubt habe, einen Prozess von Veränderungen zu beginnen. Eine Vertrauenskrise habe sich entwickelt. Das hätten die Ereignisse vom Juni 1976 gezeigt, *„aus denen allerdings die Leitung keine Schlüsse zu ziehen imstande war"*. An der Basis der gegenwärtigen Krise seien *„auch strukturelle Ursachen, die mit den nach 1948 im System eingetretenen und nie bis auf den Grund gelösten Deformationen zusammenhängen"*. Zu diesen Deformationen zählen die Thesen die Paralyse der parteiinternen und der gesellschaftlichen Demokratie, übertriebenes Anwachsen der Bürokratie in Partei, Staat und Wirtschaft, fehlende Kontrolle der Partei über die Leitung. *„Der Protest der Arbeiterklasse, der sich im Sommer 1980 verstärkt hat, hat die Notwendigkeit radikaler Änderungen offensichtlich gemacht"*, halten die Thesen fest.

Zum Teil die gleichen Probleme der Demokratisierung der sozialistischen Gesellschaft führten 1956 und 1970 zu schweren Erschütterungen. Die Forderungen kamen jeweils vor allem aus den Betrieben, und die Arbeiter verlangten nicht nur bessere Lebensbedingungen, sondern die Abschaffung der bürokratischen Wirtschaftsleitung, forderten, die Rolle der Gewerkschaften neu zu diskutieren und die sich bildenden Arbeiterräte de iure anzuerkennen. In der polnischen Gesellschaft fehlte bis 1980 ein System, in dem alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte sich ausdrücken und ihren eigenen Beitrag zur Entwicklung leisten können. Das Mehrparteiensystem täuscht nicht über das Schattendasein aller Parteien mit Ausnahme der PVAP hinweg. Das Parlament spielte eine Statistenrolle. Die Regierung führte in der Parteispitze gefasste Beschlüsse durch. Die Gewerkschaften beschränkten sich auf administrative Funktionen, anstatt die Zelle der Demokratie am Arbeitsplatz zu werden. Die Zensur unterdrückte auch konstruktive Kritik. Die verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen konnten wegen der starren Strukturen der Nomenklatur an der Ausübung der Macht nicht teilnehmen. Dies führte immer wieder zu Polarisierungen, bei denen Staatsapparat und Partei Massen gegenüberstanden, die keine antisozialistische, vielmehr demokratische und soziale, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen aber manchmal schwer zu verwirklichende Begehren stellten; diese Polarisierungen endeten mit teils tragischen Konfrontationen. Hier konnten antisozialistische Kräfte, deren Existenz nicht verharmlost werden darf und deren Tätigkeit im Zusammenhang mit der internationalen Stellung Polens und der Entwicklung der internationalen Lage gesehen werden muss, einen Nährboden finden.

Die polnische Krise ist nicht auf Fehler der Führung oder die Agitation antisozialistischer Elemente reduzierbar; es handelt sich nicht um eine einfache Wachstumsstörung des Sozialismus, sondern, wie aus den Thesen der PVAP selbst und aus der Geschichte der letzten 25 Jahre geschlossen werden darf, um die Krise des Modells einer sozialistischen Gesellschaft, wie es vom sowjetischen Vorbild mit nationalen Abweichungen in allen Volksdemokratien Europas übernommen wurde. Die in diesem Modell fehlenden Möglichkeiten demokratischer Auseinandersetzung führten unter den besonderen polnischen Bedingungen zur gegenwärtigen Krise. Dabei sollen die Leistungen, die in Polen bis 1980 auf dem bisher eingeschlagenen Weg verwirklicht wurden, nicht verschwiegen werden.

Von der Krise im besonderen ist die PVAP als Träger des Modells betroffen. In den Thesen zum Parteitag wird der Widerspruch zwischen der proklamierten führenden Rolle der PVAP und der *„tatsächlichen Verminderung des Einflusses im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben des Landes"* festgehalten. Um diesen Widerspruch zu lösen, befolgt die Führung der PVAP im Prinzip eine Politik des Dialogs mit der Gewerkschaft „Solidarität" und der Kirche. Die Partei wurde immer mehr ein Apparat zur Ausübung der Macht; jetzt muss sie sich auf ihre Rolle in der politischen Auseinandersetzung besinnen. Dabei hat sie Widerstände im Funktionärsapparat von Partei und Staat zu überwinden, immer lautstarker vorgetragene Besorgnisse aus dem sozialistischen Ausland zu beschwichtigen und mit den radikalen antisozialistischen Elementen in „Solidarität" zu rechnen. In der Periode vor dem Parteitag, besonders auf dem Plenum des Zentralkomitees (ZK) vom 9./10. Juni 1981, setzten sich in der PVAP die Träger des Erneuerungsprozesses durch; in „Solidarität" ist beim Schreiben dieser Zeilen der Ausgang der Auseinandersetzung noch offen.

Der 9. Parteitag änderte die Zusammensetzung der leitenden Parteiorgane radikal. In das 200 Mitglieder umfassende ZK wurden nur 18 Bisherige gewählt, darunter nur vier Mitglieder des alten Politischen Büros (Kania, Jaruzelski, Olszowski, Barcikowski). Für die Wahl des ZK wurden 275 Kandidaten aufgestellt. Die Mehrheit im neuen ZK stellen die 84 in der Produktion tätigen Arbeiter und die 28 Bauern. Auch für die andern Organe hatten die Delegierten die Möglichkeit einer echten Wahl, sogar für den Posten des Generalsekretärs, der, ebenfalls ein Novum, vom Kongress und nicht vom ZK erkoren wurde. Die Wahl der Delegierten zum Kongress war bereits Anlass breiter und öffentlicher Diskussionen gewesen; die Delegierten bestimmten den Verlauf des Kongresses. Ein Beobachter in Warschau hält fest, der Kongress sei *„der vollständigste Sieg der Demokratie im Parteileben"*, er habe *„alles diskutiert und über alles frei abgestimmt"*. In der Kommission für die sozialistische Demokratie sei in vielen Interventionen das gegenwärtige Wahlsystem kritisiert worden, das eine volle Entfaltung der Demokratie ver-

hindere (Francesco M. Cataluccio, Rinascita, 30/81).

Der Statutenentwurf, der einer Sonderkommission zur endgültigen Ausarbeitung übergeben wurde, sieht, wie dies bereits bei der Vorbereitung und auf dem Kongress praktiziert wurde, die geheime Wahl aller Parteiorgane und ihre ständige Kontrolle durch die Mitglieder vor. Ein Funktionär darf nur zwei Amtsperioden seinen Posten behalten. Eingeführt wurde der Grundsatz, dass wegen kritischer Äusserungen kein Kommunist Disziplinarmassnahmen zu gewärtigen hat. Die leitenden Funktionen in Partei, Staat und Wirtschaft müssen getrennt sein. Die Rolle der Basisorganisation wird vergrössert. Diese Änderungen verstärken im Konzept des demokratischen Zentralismus das demokratische Element, eine Tendenz, die hauptsächlich in westeuropäischen kommunistischen Parteien festzustellen ist (vergleiche Diskussion und Revision der Statuten am 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens, 1979, und am 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens, 1981).

Für die Erneuerung der polnischen Gesellschaft gibt es kein fixfertiges Rezept. Erstmals besteht in einem sozialistischen Staat eine Gewerkschaft, die den grösseren Teil der Lohnerwerbenden umfasst, aber nicht von Kommunisten geleitet wird. Für die Selbstverwaltung der Betriebe muss ein gangbarer Weg gefunden werden, auf dem die Interessenkonflikte einer Belegschaft mit der gesamtwirtschaftlichen Planung ausgetragen werden können. Die PVAP ist mit der Frage konfrontiert, wie und wie weit Veränderungen im Sozialismus unter den heutigen polnischen Bedingungen möglich sind.
Sie muss eine Antwort auf die Probleme finden, die im bisherigen Modell nicht gelöst werden konnten. Der Anfang ist gemacht, der Ausgang hängt von der Fähigkeit der PVAP ab, mit allen tragenden gesellschaftlichen Kräften den Dialog zur Verwirklichung der Reformen weiter zu führen, von der Einsicht der Führungen von „Solidarität" und Kirche in die durch die Verfassung und die Bündnisse Polens gesetzten Grenzen und schliesslich von der Beachtung des Prinzips der Unabhängigkeit und Souveränität des Landes durch die Bündnispartner Polens.

*

LITERATUR ZU POLEN

Programmthesen für den 9. ausserordentlichen Kongress der PVAP: „Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die Stärkung der führenden Rolle der Partei bei der Errichtung des Sozialismus und die soziale und wirtschaftliche Stabilisierung", in: informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau 1981.

2. Tagung des ZK der PVAP, mit Beiträgen von Kazimierz Barcikowski, Janusz Obodowski und Stanislaw Kania, in: informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau 1981.

W. Brus, Die Revolution in Polen. In: Polen. Symptome und Ursachen der politischen Krise. Hamburg 1981.

W. Brus, Gruppe „Erfahrung und Zukunft", F. Feher, A. Michnik: Polen — Symptome und Ursachen der politischen Krise, VSA-Verlag, Hamburg 1981.

Polen — realer Sozialismus. Beiträge von Lombardo-Radice, Schaff, Pajetta u.a.m. In: sozialismus - extra 3, August 1981.

W. Elfferding, V. Gransow, M. Jäger: Polen. In: Das Argument 124, Nov./Dez. 1980.

T. Heilmann, Thesen zu Polen. In: Positionen Nr. 31, Dez. 1980.

P. Mattmann, Linienkampf in der Kommunistischen Weltbewegung. In: Positionen Nr. 33/34. April 1981.

R. Schmid, Polen — Gefahr oder Hoffnung? In: Positionen Nr. 33/34. April 1981.

H.P. Meier, Wo liegt Polens Zukunft? Das Dreieck System-Solidarität-Kirche. In: Volksrecht v. 27.2.81 und 14.3.81.

Kooperation oder Konfrontation in Polen? Interview mit Vizeministerpräsident Mieczyslaw Rakowski. in: Vorwärts Nr. 45, 12. Nov. 81

Zwischen Krise und Reform I - V. In: Neue Zürcher Zeitung, I 30./31. 5. 81 - V 14. 7. 81

*